Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrage-gebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Träger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8-gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4-gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 215 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 15. September 1931

Politischer Wirbel.

Auf das Werk, das man 1919 in St. Germain geschaffen hat und das die Bezeichnung „Österreich" trägt, kann die damalige Entente ganz besonders „stolz" sein! Diesem Sechsmillionenstaat verbot man zu sterben, verbot man aber auch zu atmen. Ab und zu gewährte man ihm so etwas wie eine künstliche Luftzufuhr, sperrte aber auch diese sofort ab, wenn Österreich nur die geringste selbständige Lebensregungen zu zeigen wagte, sich wirtschaftlich oder politisch auf eigene Füße zu stellen auch nur versuchte. Daß das unglückliche Land unter diesen Umständen auch innenpolitisch nicht zur Ruhe kommen konnte, sich dort die parteipolitischen Gegensätze zwischen rechts und links vielmehr noch schärfer zuspitzten, als selbst in Deutschland, ist um so verständlicher, als noch die Gegensätze zwischen Stadt und Land, also zwischen Wien und den meist agrarischen übrigen Teilen dieses Bundesstaates hinzukommen. Ein Drittel der österreichischen Bevölkerung wohnt in Wien.

Und nun steht Österreich, unter dem Druck furchtbarster Geldnot, wieder einmal im Begriff, dem Völkerbund um eine „Luftzufuhr" zu ersuchen die aber diesmal noch teurer bezahlt werden muß als früher. Jeder Widerstand gegen die von Frankreich diktierten Bestimmungen und Bedingungen dürfte ja deswegen auch ziemlich nutzlos bleiben; denn der frühere Helfer in der Not, England ist jetzt vor Frankreich zurückgewichen. Was nun aus der bisher schon so arg beschränkten „Selbständigkeit" Österreichs werden wird, ist unschwer vorzustellen. Zunächst hat eine Kontrollkommission des Völkerbundes eine Sparaktion des österreichischen Staates erzwungen, die von einem finanziellen „Selbstbestimmungsrecht" nicht viel übrig läßt.

Auf diesem Hintergrund hat sich nun der kurzlebige Putschversuch eines Teiles der österreichischen Heimwehrbewegung abgespielt. Traten sich doch oft und schon lange die ganz offen bewaffneten Parteiorganisationen der Rechten und der Linken in unverhüllter Feindschaft gegenüber. Die Heimwehrbewegung hatte auch schon im Oktober des vorigen Jahres dicht vor der Eroberung der Macht im Staate Österreich gestanden: einer ihrer Führer, der Fürst Starhemberg, war Innenminister geworden, — aber die politischen Ziele der Bewegung, vor allem eine gründliche Verfassungsänderung unter völliger Umgestaltung des Parlaments, wurde nur zum — unwesentlichen — Teil verwirklicht. Die nachfolgenden Wahlen zum neuen Parlament brachten dann der Heimwehrbewegung eine unzweideutige Niederlage, die ihre Fortsetzung und Vervollständigung fand durch eine rasch um sich greifende Zersplitterung der ganzen, in sich schon geschwächten Bewegung. So blieb denn auch das Unternehmen des steiermärkischen Heimwehrführers, Dr. Pfriemer, ziemlich isoliert, auch ohne Zusammenhang mit anderen Versuchen solcher Art in Innerösterreich, und der Regierung war es ein Leichtes, diesen politischen „Wirbel", wie der Österreicher sagt, mit Hilfe von Gendarmerie und Militär zu unterdrücken. Die ganze Geschichte war in 24 Stunden begonnen und beendet. In Kärnten, Tirol, Vorarlberg hatte sich überhaupt nichts gerührt, denn dort „untersteht" man einem anderen „Heimwehrkommando".

Es war ein Putsch, der auch wieder unter absoluter Verkennung der politischen Lage Österreichs litt, dafür aber desto umfassendere „Ziele" hatte, allerdings rein innenpolitische. Der Rest ist — das Gerichtsverfahren wegen Hochverrates. Außerdem natürlich eine weitere Verschärfung der parteipolitischen Gegensätze zwischen rechts und links, die auszugleichen der in der Mitte stehenden Christlichsozialen Partei nicht gelungen ist. Aber das alles entscheidet Österreichs Schicksal nicht. Das geschieht in Genf, wo man diese innerösterreichischen Zuckungen und — Nöte herzlich wenig beachten wird.

Anwalt von 40 Millionen Auslandsdeutschen.

50 Jahre V. D. A.-Arbeit.

Anläßlich seines 50jährigen Bestehens veranstaltete der Verein für das Deutschtum im Auslande eine Kundgebung vor dem Reichstag. Der Kundgebung ging ein Festakt im Plenarsitzungssaal voran.

Nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden ergriff das Vorstandsmitglied des Landesverbandes das Wort zur Festansprache. Er ging auf die Entwicklung des V. D. A. ein, der nach dem Vorbilde Österreichs, das 1880 mit der Gründung des Deutschen Schulvereins vorangegangen war, im August 1881 als der Allgemeine Deutsche Schulverein in Berlin gegründet wurde. Durch den Kriegsausgang seien die Aufgaben des Vereins ins Ungeheure gewachsen. Heute sei in über 8000 Gruppen, Orts-, Jugend- und Schulgruppen die Anhängerschaft des V. D. A. zusammengefaßt, davon über 600 im L. V. Brandenburg. Millionen gehören ihm an. Nach 50jähriger Arbeit sei die Not riesengroß. Der V. D. A. müsse ein Volksverein werden, der eintrete für

den großen Zukunftsgedanken nationaler Duldung.

Hilfe von außen hätten wir wenig zu erwarten, auch nicht vom Völkerbund. Wir müßten an die unversiegliche Kraft des deutschen Volkes glauben.

Darauf überbrachte Reichswehrminister Dr. Gröner die Grüße der Reichsregierung und erklärte, daß nur die kulturelle Freiheit der Minderheiten in allen Staaten die Völker sichern könne.

Der 1. Vorsitzende des V. D. A., Reichsminister a. D. Geßler, gab einen Rückblick auf die Geschichte des V. D. A. Nach einem Hinweis auf seine Bedeutung fuhr er fort:

40 Millionen Volksgenossen lebten außerhalb der Grenzen des Reiches.

Das mache die deutsche Aufgabe im Verhältnis zu den anderen großen Staaten der Welt so außerordentlich schwierig. Für die übrigen Großmächte gäbe es keine Minderheitenfrage. Um so wichtiger sei die Mission, die hier dem deutschen Volke zukomme, daß es sich zum Anwalt der Rechte seiner Volksgenossen außerhalb seiner Grenzen mache, daß es sich mit aller Kraft dafür einsetze, daß die neue Weltordnung des Friedens und der Gerechtigkeit, die den Vertrag von Versailles einleiten solle, endlich Praxis wird, besonders der Minderheitenschutz, wie ihn die Wilson-Botschaften als natürliche und sittliche Forderung gefordert haben. Sie durchzusetzen, sei Sache der hohen Politik. **Das, was das Leben wert mache, deutsche Sprache, deutsche Sitte, deutsche Kunst und deutsches Lied, die Gaben der Großen des Volkes auch für diejenigen unserer Volksgenossen bereitzustellen, die im fremden Lande als Bürger fremder Staaten leben, sei Ziel des V. D. A.** Er wünsche und hoffe, daß unser Vaterland wieder frei und gleichberechtigt im Kreis der Völker stehen werde und daß auch die, die außerhalb unserer Grenzen als deutsche Volksgenossen lebten, mit ihren Kindern und Kindeskindern stolz sein können, daß sie zum deutschen Volkstum gehören.

Als Vertreter des deutschen Ostens

ergriff Senator a. D. Dr. Strunk-Danzig das Wort. Er wies darauf hin, daß es nichts ausmache, wenn die Volksgenossen draußen jeden zivilisatorischen Fortschritt, jede technische Errungenschaft, jeden wirtschaftlichen Erfolg mit den Brüdern im Reich durchmachten. Das berühre nicht den Kern des Volkstums, das Wesen der deutschen Kultur. Denn niemand, auch kein Auslandsdeutscher, werde kultiviert, sondern habe sich nach Fichte selbst zu kultivieren.

Die kulturelle Bildung geschehe durch Selbsttätigkeit

und ziele auf Selbsttätigkeit. Aber damit sie von innen heraus wachsen und reifen könne, brauche der Auslandsdeutsche die Verbindung mit den geistigen Kräften des Gesamtdeutschtums.

Nach dem Vertreter des Provinzialschulkollegiums sprach als letzter Redner

für Österreich und den deutschen Süden

Kanonikus Steinwender-Salzburg. „In dieser feierlichen Festesstunde," so führte der Redner aus, „auf der die Wucht harter Verantwortung lastet, da der Existenzkampf des Auslandsdeutschtums eine nie dagewesene Gewalt angenommen, wollen wir vom deutschen Süd mit Ihnen das Bekenntnis ablegen zur **geschichtlichen Pflicht im Auslandsdeutschtum, zur zielbewußten, opferbereiten Arbeit, die den Mut aufbringt, wenn es sein muß, in Jahrzehnten und Menschenaltern zu denken, die trotz der deutschen Not der Heimat das verzweifelte Wort „Umsonst" nicht kennt. Stark wie der Tod ist die Liebe. Unser Volkstum wird nicht sterben, wenn wir ihm unsere ganze opferbereite Liebe widmen."**

*

Ein Bollwerk deutscher Christlichkeit.

Die Gustav-Adolf-Betreuungsarbeit.

In Osnabrück fand die Reichstagung des Evangelischen Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung statt. Generalsekretär Geißler erstattete Bericht über die Gustav-Adolf-Betreuungsarbeit und zeichnete ein Bild von dem

Fortschritt der evangelischen Volkstumsarbeit.

In Ostoberschlesien leide die evangelische deutsche Bevölkerung nicht nur unter dem Protestantenterror der Aufständischenvereine. Sie sei auch den Anarkiien der polnischen Protestanten ausgesetzt, während sich in Österreich die Kirche tatkräftig auswirken könne. Immerhin sei besonders im Burgenland noch viel zu helfen. Aus der Tschechei seien verschiedene Hilferufe an den Verein gelangt. In Siebenbürgen sei die Not der Kirche ständig im Wachsen. Ein erfreuliches Bild biete demgegenüber Südslawien, wo die Kirchenordnung der evangelisch-lutherischen Kirche vom Staat genehmigt und in diesen Tagen der erste Bischof in Agram eingeführt werde. In Spanien habe die Staatsumwälzung der evangelischen Kirche auch Erleichterungen gebracht. Obwohl der Volksentscheid günstig ausgefallen sei, sei der Kampf um den Dom in Riga noch nicht beendet.

In Sowjetrußland

litten Hunderttausende ungewöhnlich schwer und in Südamerika sei die evangelische Kirche wirtschaftlich schwer betroffen. Die Rio Grandener Synode umfasse jetzt 320 Gemeinden. In engster Verbundenheit stehe der Verein auch mit den Glaubensbrüdern im übrigen Südbrasilien, in Argentinien, Chile und Mexiko. In Südafrika sei die evangelische Kirche Führerin des Volkstums. **Wenn auch in den verflossenen 99 Jahren evangelischer deutscher Liebesarbeit viel habe geholfen werden können, bleibe doch noch unendlich viel zu tun.**

In dem Saal, in dem 1648 Deutschland vom 30jährigen Kriege befreit wurde, fand eine Festversammlung statt. Der Osnabrücker Oberbürgermeister begrüßte die Gäste, wobei er ausführte, daß der Friede, der hier geschlossen wurde, den konfessionellen Hader beendete. Gleichzeitig aber brach er die Gewalt des alten deutschen Kaisertums, er entwaffnete die Grenzen nach Westen. Wer zöge da keine Parallele zu 1918/19 und wünschte nicht, daß heute eine

geschlossene Front der christlichen Gemeinschaften

gegen die Gottlosenpropaganda erstünde? Der Gustav-Adolf-Verein sei ein festes Bollwerk deutscher Christlichkeit. Er sei die Brücke zum evangelischen Auslandsdeutschtum, sei Vorkämpfer und Wegbereiter zum Wiederaufstieg. Darauf sprach Geheimrat Rendtorff, der Führer des Gustav-Adolf-Vereins. Der Gustav-Adolf-Verein sei, so führte er aus, von seiner Geburt her

ein Träger des konfessionellen Friedens

gewesen. Der Gustav-Adolf-Verein fühle sich mit den katholischen Volksgenossen in allen Fragen des Auslandsdeutschtums eins. Nichts wäre trauriger, als wenn man die erstrittene Freiheit des Glaubens wieder verließe. Das Gemeinsame zu pflegen und über die Grenzen hinaus das geistige Großdeutschland auf der gemeinsamen Grundlage der christlichen Liebeslehre zu errichten, sei die Aufgabe des Gustav-Adolf-Vereins.

In einer großen Versammlung sprach vor 20 000 Menschen Dr. Niemöller-Wuppertal. **Er pries den Gustav-Adolf-Verein als Brückenschläger zu allen Deutschen der Welt, als Kirchen- und Schulenbauer. Er schloß mit der Mahnung von Osnabrück: „Wy wüllt by dem Evangelio lewen und sterwen!" Wir geloben zu kämpfen, zu opfern, zu beten und zu lieben.**

Kampf gegen die Not des Winters.

Die Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege veröffentlicht folgenden

Aufruf:

Die Not ist da. Sie ist in allen Berufen und Ständen. Sie ist auch im Hause der Fleißigen und Sparsamen, wenn er keine Arbeit findet, und Millionen in Deutschland, die arbeiten möchten, finden keine Arbeit. Der Zusammenbruch droht heute nicht mehr einzelnen, sondern dem ganzen Volke. Der Streit um die Schuld an der Not hilft uns nicht weiter. Er macht keinen Hungrigen satt.

Wir wollen nicht streiten, wir wollen helfen!

Die Liebe zum Nächsten und die Sorge um die Zukunft unseres Volkes und damit auch die eigene Zukunft müssen zusammen wirken, das letzte, was jeder hergeben kann, herauszuholen und einzusetzen im Kampfe gegen die Not.

Geld, Lebensmittel, Kleider, Wäsche, Holz und Kohlen — alles kann helfen, Not zu lindern, wenn es im rechten Sinne und am rechten Ort gegeben wird.

Keiner darf sagen: Ich kann nichts geben, mir geht es selber schlecht genug. Wenn du nicht mithelfen willst, der Not zu wehren, wird es dir bald noch schlechter gehen. Etwas zu geben hat jeder. Wer sonst gar nichts hat, hat noch seine Zeit und seine Hände, um mitzuhelfen, daß von dem, was andere geben können, nichts umkommt und alles an Ort und Stelle gebracht wird.

An allen Orten im deutschen Vaterland, in allen Bezirken, Provinzen und Ländern werden Sammelstellen eingerichtet. Dorthin gebt eure Gaben, dort meldet euch zum Helferdienst. Hilfe ist überall nötig. Auch dafür wird gesorgt, daß jeder für die Kreise eintreten kann, deren Not ihm besonders am Herzen liegt, nur gebt auch wirklich, gebt so viel ihr entbehren könnt! Führt mit uns den Kampf gegen die Not!

Wir wollen helfen!

Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege, Zentralausschuß für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche, Deutscher Caritasverband, Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Jugend, Deutsches Rotes Kreuz, Fünfter Wohlfahrtsverband, Christliche Arbeiterhilfe.

Appell des Reichspräsidenten.

Die außerordentliche wirtschaftliche Notlage, die gegenwärtig die ganze Welt heimsucht, hat unser Vaterland besonders hart getroffen. Wir werden diese Nöte überwinden, wenn das Volk in Hilfsbereitschaft und Opfersinn zusammensteht. Reichspräsident und Reichsregierung richten daher an alle, die helfen können, die dringende Bitte, dem Aufruf zur Winterhilfe bereitwillig Folge zu leisten. Es geschieht dies auch in der Hoffnung, daß solche Liebestätigkeit zur inneren Versöhnung unsres Volkes beitragen möchte. Die Hilfe soll die große Not lindern, aber sie soll auch neues menschliches Vertrauen schaffen unter den deutschen Volksgenossen selbst und für das deutsche Volk in der Welt.

Der Reichspräsident von Hindenburg.
Für die Reichsregierung: Dr. Brüning, Reichskanzler.

Wer nicht für ein bestimmtes Gebiet geben, aber dort helfen will, wo die Not besonders groß ist, der überweise seinen Beitrag an die Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege, Berlin-N 24, Oranienburger Straße 13/14, oder auf deren Postscheckkonto, „Abteilung Winterhilfe", Berlin, Nummer 33 643.

18 Millionen Dollar Rückzahlungen.

Für beschlagnahmtes deutsches Eigentum in U. S. A.

Aus Washington wird gemeldet: Das Staatsdepartement kündigt die Auszahlung von 18 Millionen Dollar auf Grund des Abkommens über die Rückzahlung für beschlagnahmtes Eigentum an Deutschland an. Die Einkassierung von Gegenansprüchen in Höhe von 9 Millionen Dollar ist von der amerikanischen Regierung auf unbestimmte Zeit ausgesetzt worden, um französischen Protesten vorzubeugen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF